

**Bundesminister Hubertus Heil**

- (A) dung zu bekommen. Deshalb ist es richtig, auch bei der Mobilität zu unterstützen, beispielsweise bei Heimfahrten und bei Mobilitätskosten.

Ich bin auch froh, dass die Kollegin Geywitz mit dem Programm „Junges Wohnen“ das Thema Azubi-Wohnheime angeht. Die brauchen wir in diesem Land; es geht nicht nur um studentisches Wohnen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wir verbessern die Einstiegsqualifizierung für benachteiligte junge Leute, die wertvolle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden können. Und wenn alle Stricke reißen, gibt es in unterversorgten Gebieten jetzt auch einen Rechtsanspruch auf außerbetriebliche Ausbildung. Unser Ziel muss sein, dass niemand von der Schulbank ins Nichts fällt, sondern dass wir den jungen Menschen die Chance geben, über eine Ausbildung in ein selbstbestimmtes Erwerbsleben zu kommen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Das ist vor allen Dingen auch in der Bildungs- und in der Gesellschaftspolitik ein Thema. Aber ich sage Ihnen auch: Wir haben Instrumente, um auch jungen Menschen, die es zu Hause nicht so leicht hatten, bei denen es in der Schule nicht so geklappt hat, eine Chance zu geben – Stichwort „Einstiegsqualifizierung“. Diese Koalition macht deutlich – gegenüber der deutschen Wirtschaft, aber vor allen Dingen gegenüber den jungen Leuten –: Wir geben niemanden auf. Wir sind eine Koalition der Chancen. Wir wollen, dass Menschen selbstbestimmt leben können, und sorgen dafür, dass sie über eine gute Ausbildung in Erwerbsarbeit kommen.

(B)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Aber so richtig es ist, dass eine ordentliche Ausbildung immer noch eine gute Eintrittskarte in ein selbstbestimmtes Erwerbsleben ist, so richtig ist auch: Es ist kein Dauerabo mehr; denn Wirtschaft und Arbeitswelt ändern sich in den nächsten Jahrzehnten rasant. Der ökologische Umbau der Industriegesellschaft, aber vor allen Dingen auch die Digitalisierung, der Einsatz von künstlicher Intelligenz in der Wirtschaft und in der Arbeitswelt, werden dazu führen, dass sich in vielen Bereichen Tätigkeitsanforderungen auch an qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verändern.

Deshalb habe ich immer gesagt – und wir lösen das heute ein –: Deutschland muss nicht nur eine Ausbildungsrepublik sein. Deutschland muss eine Weiterbildungsrepublik werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Und dafür schaffen wir Instrumente. Im Einzelnen sorgen wir wie folgt für eine Unterstützung von Unternehmen bei diesem Wandel, vor allen Dingen kleiner und mittelständischer Unternehmen:

(C) Erstens wird der Transformationszuschuss als Basisinstrument für alle Unternehmen geöffnet, um sie mit Mitteln der Bundesagentur für Arbeit bei den eigenen Weiterbildungsanstrengungen und -investitionen zu unterstützen. Dieser steht jetzt allen Unternehmen offen. Es gibt drei Stufen, je nach Größe. Wir entbürokratisieren dieses wichtige Instrument, weil wir Unternehmen unterstützen wollen, und leisten damit auch einen Beitrag zur Fachkräftesicherung, damit die Beschäftigten von heute auch die Arbeit von morgen machen können.

Zweitens. Wir schaffen ein neues Instrument: das Qualifizierungsgeld, früher bekannt als Transformationskurzarbeitergeld. Es geht darum, dass wir bei Unternehmen, die schon heftiger von der Transformation betroffen sind, beispielsweise Zulieferunternehmen in der Automobilindustrie, im Rahmen einer betrieblichen Sozialpartnerschaft zwischen Unternehmen und Betriebsrat Weiterbildung fördern können. Was mich besonders freut, ist, dass dieses neue Instrument im Rahmen des parlamentarischen Verfahrens so weiterentwickelt wurde – vor allen Dingen auf Druck meiner Fraktion –, dass tatsächlich auch die Berufsspezialisten umfasst sind, das heißt, dass aus Gesellen Berufsspezialisten werden können. Das ist ein Beitrag für wirtschaftlichen Wohlstand und für den Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit, meine Damen und Herren. Das Qualifizierungsgeld ist ein wichtiges Instrument.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

(D) Ja, wir haben noch das konjunkturelle Kurzarbeitergeld. Wir wollen immer noch den Anreiz setzen, dass das, wo immer es geht, in Krisen auch mit Weiterbildung verknüpft wird.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, heute ist ein guter Tag für Fachkräftesicherung in Deutschland. Das nächste Jahrzehnt wird ein Jahrzehnt der Fachkräftesicherung sein müssen angesichts der demografischen Entwicklung. Wir ziehen alle inländischen Register. Aus- und Weiterbildung sind wichtig. Wir haben heute ein Gesetz für qualifizierte Einwanderung beschlossen. Deshalb kann ich sagen: Der heutige Tag ist der, an dem der Deutsche Bundestag die Weichen richtig stellt und das kommende Jahrzehnt zu einem Fachkräftesicherungsjahrzehnt macht – für Wohlstand, soziale Sicherheit und den Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Deutschland. Ich bitte um Zustimmung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Stephan Stracke spricht jetzt für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU – Marc Biadacz [CDU/CSU]: Sehr gut!)

**(A) Stephan Stracke (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Zukunft unseres Wirtschaftsstandortes, unser Wohlstand und die Stabilität der sozialen Sicherungssysteme hängen ganz maßgeblich davon ab, wie es uns gelingt, die Fachkräftebasis der Unternehmen und Betriebe zu sichern. Dabei müssen wir zuallererst das Arbeitskräftepotenzial im Inland nutzen. Der wichtigste Baustein zur Fachkräftesicherung ist beste Bildung, beste Ausbildung und beste Weiterbildung, und zwar in Schule, Ausbildung und Beruf.

(Beate Müller-Gemmeke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Weshalb heute die Union zu-stimmt!)

Für uns gilt der Grundsatz: Keiner darf mit seinen Fähigkeiten, mit seinen Talenten verloren gehen. Jeder wird gebraucht.

(Beifall bei der CDU/CSU – Marc Biadacz [CDU/CSU]: Genau richtig so!)

Berufliche Ausbildung ist hierfür zentral; denn sie bietet einen ganz optimalen Start ins Berufsleben und schützt vor Arbeitslosigkeit. Es ist gut, dass die Ampel hier einige Punkte aufgreift, beispielsweise das Berufsorientierungspraktikum – das weist den richtigen Weg – oder die Flexibilisierung der Einstiegsqualifizierung. Dringend erforderlich ist aber auch, dass die bereits vorhandenen Unterstützungsmaßnahmen besser in die Breite gelangen und vor allem noch besser kommuniziert werden. Ich meine insbesondere die Kombination der Einstiegsqualifizierung mit der sozialpädagogischen Begleitung, die Sprachförderung oder auch die Unterstützung über die Assistierte Ausbildung. Hier müssen wir noch deutlich besser werden. Hier ist auch die Ampel gefordert, dies an der Stelle tatsächlich weiterzubringen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Sie schaffen jetzt ein neues Instrument, nämlich einen Rechtsanspruch auf Förderung einer außerbetrieblichen Ausbildung. Sie bekennen sich dabei ganz klar zum Vorrang der betrieblichen Ausbildung; das ist richtig so. Sicherlich gibt es einige wenige strukturschwache Regionen, in denen es eine Unterversorgung an dualen Ausbildungsplätzen gibt. Hier soll dieses Instrument helfen. Zum kompletten Bild gehört allerdings auch – das muss man dazusagen –, dass es neben der dualen Ausbildung weitere Ausbildungsangebote gibt, nämlich die der Pflegeschulen, der öffentlichen Verwaltung, der Bundeswehr, der Polizei. Das wird in dieser Betrachtung ein Stück weit ausgeblendet. Aber das gehört zum kompletten Bild dazu.

Zur Ausgestaltung. Dass Sie jetzt die Sozialpartner mit ins Boot nehmen, ist genau richtig. Denn es gibt keinen Rechtsanspruch auf einen Wunschberuf, sondern es muss ein Rechtsanspruch auf Förderung eines Ausbildungsplatzes sein, der in der Zukunft letztendlich auch Arbeitsmarktchancen bietet.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Für den übergroßen Teil Deutschlands ist der Mangel an Ausbildungsplätzen nicht das Problem, sondern der Mangel an Bewerberinnen und Bewerbern. Ein Mobili-

tätzuschuss ist ein mögliches Instrument. Mit dem Azubiwohnen machen Sie jetzt einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung. Aber das muss man in dem Bereich noch deutlich verstärken. Das ist ein viel zu kleiner Tripelschritt, um tatsächlich Wirkung zu entfalten.

Entscheidend ist für uns im Übrigen auch, dass wir viel stärker darüber diskutieren, warum es denn so viele Abbrüche in der Schullaufbahn, in der beruflichen Bildung, beim Hochschulstudium gibt. Deswegen brauchen wir hier noch eine deutlich vertiefte und passgenauere Berufs- und Studienorientierung, um Talente auf den Arbeitsmarkt entsprechend auszurichten. Das ist eigentlich der entscheidende Beitrag zur Fachkräftesicherung.

Der einmal erlernte Beruf reicht nicht mehr aus, um den Anforderungen der Zukunft gerecht zu werden. Das gilt für Berufseinsteiger wie auch für erfahrene Fachkräfte. Denn neue Kompetenzen und Qualifikationen müssen gelernt werden – ausgelernt war gestern. Deswegen macht es Sinn, den Transformationszuschuss zu entbürokratisieren. Aber ein Qualifizierungsgeld einzuführen, das macht an dieser Stelle tatsächlich keinen Sinn; es erhöht nur die Komplexität.

Der Bundesarbeitsminister weist zu Recht darauf hin, dass es Betriebe gibt, die deutlich stärker von der Transformation betroffen sind. Warum soll dann aber dieses Instrument nur denen vorbehalten sein, bei denen es Mitbestimmung und Tarifverträge gibt?

(Frank Bsirske [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Weil wir die Tarifbindung stärken wollen!)

Warum werden nicht zur Gänze diejenigen in den Blick genommen, bei denen Transformation, bei denen Umbrüche stattfinden? Zu diesem Thema sagen wir: Dieses Qualifizierungsgeld greift tatsächlich zu kurz. Deswegen lehnen wir den gesamten Gesetzesentwurf ab.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Frank Bsirske hat jetzt das Wort für Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

**Frank Bsirske (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Mit dem vorliegenden Gesetz eröffnet die Ampel Chancen und Perspektiven im Strukturwandel, und zwar für die Menschen *und* für die Unternehmen. Fakt ist: Trotz des bereits akuten Fachkräftemangels bleiben viele Jugendliche ohne Ausbildungsstelle. Mit der Ausbildungsgarantie machen wir das Recht auf Ausbildung konkret. Wir sorgen dafür, dass alle die Möglichkeit bekommen, eine berufliche Ausbildung zu machen. Das ist angesichts eines Höchststandes von 2,6 Millionen ungelerner Menschen in unserem Land dringender denn je.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

**(C)****(D)**